Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (RS/WL)

Hier die Übersicht. Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert.

1. Heiner Flassbeck: Gravierende Fehlentwicklungen sind angelegt
2. Wolfgang Hetzer: Spektakel der Unvernunft?
3. Rede Jean-Pierre Brard, Ex-Bürgermeister von Montreuil
4. Eliten und »Banditen«
5. Renten sollen bis 2026 um 36 Prozent steigen
6. BDI bestätigt Auftragseinbruch in der Industrie
7. Demokratische Linke in der SPD: Armut und Energie
8. Private Aneignung
9. “Stuttgart 21 ist erledigt, Rückzugsgefechte laufen”
10. Volksbegehren gegen Studiengebühren – “Ein Wahnsinn, dieser Endspurt”
11. Ausbildungsgarantie in Österreich
12. Annette Schavan – wozu brauchen wir Bildung?
13. Generalsekretär des Stifterverbandes: „Keine Geldgeber verschrecken“
14. Deutschland fällt bei Pressefreiheit auf Rang 17
15. Print-Analyse: der typische Zeit-Leser
16. Danke, Grimme-Institut!
17. Andruck – Das Magazin für Politische Literatur
18. Zu guter Letzt: Die Illusion der freien Wahl

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Heiner Flassbeck: Gravierende Fehlentwicklungen sind angelegt**
   – Was der Sachverständigenrat an die Bundeskanzlerin hätte schreiben müssen – Kanzlerin Merkel hat in den vergangenen Wochen wichtige Dinge gesagt. Sie hat klarer als jemals zuvor ihre wirtschaftspolitische Position dargelegt. Das ist ein großer Fortschritt, weil man vorher fast nichts darüber wusste. Nun aber, da klar ist, wie Frau Merkel denkt, ist es Zeit zu handeln. Aber niemand handelt. Nicht einen wirklich kritischen Kommentar habe ich in den deutschen Medien gefunden, nur die „Nachdenkseiten“ waren wie immer am Ball…
   Wenn die deutsche Bundeskanzlerin so etwas sagt, ist Gefahr im Verzuge. Hätte nicht

der deutsche Sachverständigenrat sofort handeln müssen? Schließlich hat er laut Gesetz die Aufgabe „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder Beseitigung (aufzuzeigen), jedoch ohne Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen (abzugeben)“. Denn Fehlentwicklungen sind angelegt. Der Sachverständigenrat hätte sofort zur Feder greifen und einen Brief mit etwa dem folgendem Inhalt schreiben müssen…
Quelle: Flassbeck-Economics

2. **Wolfgang Hetzer: Spektakel der Unvernunft?**
Die Situation der Euro-Zone erinnert an Zeiten, in denen man einen unmittelbar bevorstehenden militärischen Angriff auf ein Territorium befürchtete. Staaten waren dann stets zur Abgabe von Souveränität im großen Stil bereit gewesen. Nicht nur der Westen steht vor harten Zeiten. Die Zerstörung des Geldes hat den Geist der säkularen Gesellschaften beschädigt. Die zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen wurden vergiftet. Es ist eine extreme Konstellation mit einem zerstörerischen Potential entstanden. Ein Scheitern des Euro dürfte gewaltige wirtschaftliche Turbulenzen auslösen und die Integration Europas massiv gefährden. Die Rettungsschirme haben vielleicht schon eine moderne Art der Feudalherrschaft begründet. Sie war in der Geschichte bekanntlich immer wieder der Ausgangspunkt gewaltsamer Neuorientierung nach innen und außen. Europa hat im zwanzigsten Jahrhundert zwei verheerende Bürgerkriege erlebt, nichts anderes waren nämlich aus europäischer Perspektive der Erste und der Zweite Weltkrieg. Historiker werden vielleicht die Euro-Krise als dritten europäischen Bürgerkrieg interpretieren. Es ist noch nicht entschieden, ob er nur mit „friedlichen“ Mitteln geführt wird. Der Preis, den nicht nur Deutsche bei einem Auseinanderbrechen der Währungsunion zahlen müssten, wird in jedem Fall nicht so sehr in den Bereichen Jobs und Renten, sondern vor allem auf den Gebieten Stabilität, Frieden und Sicherheit anfallen.
Quelle: Gegenblende

3. **Rede Jean-Pierre Brard, Ex-Bürgermeister von Montreuil**
Quelle: Rede zum Anlass des 50. Jahrestag des Elysee Vertrages [PDF – 70 KB]

Albrecht Müller: *NDS-Leser Hans-Ulrich Bünger macht auf diese ausgezeichnete Rede aufmerksam. Sie wurde am 12. Januar aus Anlass des 50jährigen des Elysee-Vertrages auf Deutsch gehalten. Sie enthält bemerkenswerte und zitierfähige, nutzbare Aussagen zur Eskalation der Gewalt zwischen Völkern, ein Bekenntnis zur Vernunft des damaligen „Nie wieder Krieg“, zur Aufarbeitung der Verbrechen in unseren beiden Völkern, zu den Gefahren der heute herrschenden Wirtschaftsideologie für Europa, und der Spaltung unserer Völker in Reich und Arm, u.a.m.*

4. **Eliten und »Banditen«**
   Geschichte. Der 30. Januar 1933 (Teil I): Auch 80 Jahre später wird über die Hintergründe der Machtübertragung an Hitler gestritten. Dabei wurden Bündnisse zwischen Konservativen und Nazis schon früh geschmiedet
   Quelle: junge Welt
5. **Renten sollen bis 2026 um 36 Prozent steigen**
   Modellrechnungen zufolge „steigen die Renten bis zum Jahr 2026 um insgesamt rund 36 Prozent an". Das schreibt die Bundesregierung in einer Unterrichtung (17/11740) über den Rentenversicherungsbericht, die sie in den Bundestag eingebracht hat. Dies entspreche „einer durchschnittlichen Steigerungsrate von gut zwei Prozent pro Jahr". Das Sicherungsniveau vor Steuern sinke von 49,6 Prozent im Jahr 2012 auf 48 Prozent in 2020 und weiter auf 46,0 Prozent schließlich im Jahr 2026, heißt es in der Vorlage weiter.
   Der Beitragssatz, der bereits für das aktuelle Jahr auf 18,9 Prozent sinkt, bleibe laut Bericht infolge der Verstetigungsregel „in der mittleren Variante bis 2018 unverändert auf diesem Niveau". Anschließend steige der Beitragssatz wieder an, auf 19,3 Prozent im Jahr 2019, dann auf 19,7 Prozent im Jahr 2020, auf 19,9 Prozent im Jahr 2021 und auf 20,1 Prozent im Jahr 2022. In den Folgejahren nehme er bis 2026 auf 20,9 Prozent zu.
   Sowohl Beitragssatz als auch Sicherungsniveau vor Steuern „bewegen sich damit im Rahmen der im Gesetz vorgesehenen Grenzen von 20 Prozent bzw. 46 Prozent bis zum Jahr 2020 und von 22 Prozent bzw. 43 Prozent bis zum Jahr 2030", heißt es in dem Bericht weiter.
   Quelle: Deutscher Bundestag

   Anmerkung WL: *Korrekter wäre es gewesen, wenn die Überschrift gelautet hätte, die Renten stagnieren bis 2026. Denn von der durchschnittlichen Steigerungsrate von nominal gut 2 Prozent pro Jahr muss man die Steigerungsrate von (von der EZB) angestrebten Inflationsrate von 2 Prozent abziehen, um auf den realen Kaufkraftwert zu kommen.*
   Der Rentenversicherungsbericht belegt darüber hinaus auch, dass die Senkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent nicht etwa, wie Steinbrück beschönigend sagt, ein „Interventionspunkt" ist, um ein Absinken der Rente auf dieses Niveau zu verhindern, sondern die Absenkung von derzeit knapp 50 Prozent auf 43 Prozent bis zum Jahr 2030 ist eine vom „Gesetz vorgesehene" Zielgröße.

6. **BDI bestätigt Auftragseinbruch in der Industrie**
   Die Auftragseingänge in der deutschen Industrie sind im November 2012 um 1,8

Prozent zurückgegangen. Vor allem die Inlandsnachfrage hat deutlich nachgelassen.
Quelle: Deutsche Wirtschafts Nachrichten

Anmerkung RS: *Gleichzeitig verkündet Gabor Steingart in seinem täglichen Rundbrief folgendes:*

> *„Viele Ökonomen künden von Krise und Konjunkturabkühlung, doch die Konsumenten glauben fest daran, dass die Wirtschaft wieder anzieht: Der Konsumklimaindex für Februar ist deutlich gestiegen. Die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) interviewt zu dessen Bestimmung monatlich rund 2.000 Verbraucher – da wird man das Gefühl nicht los, dass die Verbraucher zuweilen ein besseres Urteilsvermögen besitzen als viele Ökonomen. Vielleicht sollte man beim nächsten Mal Lieschen Müller in den Sachverständigenrat berufen.“*

Wie meistens berichtet die GfK, dass die Verbraucher jetzt richtig loslegen wollen, während beinahe zeitgleich ein Bericht über den erneuten Einbruch der Inlandsnachfrage erscheint.

7. **Demokratische Linke in der SPD: Armut und Energie**
   Eine erste Bestandsaufnahme
   Die Haushalte in Deutschland müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Wohnungs- und Energiekosten ausgeben. Der Anteil der Ausgaben stieg zwischen 1969 und 2009 von 11,8 Prozent auf 19,7 Prozent.
   Während sich die Preise für alle Waren und Dienstleistungen seit Anfang 2005 insgesamt um knapp 14 Prozent verteuerten, stiegen die Preise für Energieträger inklusive Benzin im gleichen Zeitraum um mehr als 48 Prozent.
   Die Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) spielte dabei die entscheidende Rolle: Sie ist von 2005 bis 2011 um mehr als ein Drittel (von 100 Prozent im Jahr 2005 auf 136, 6 Prozent) und in den letzten zehn Jahren (2001 waren es nach Gewichtung von 2005 noch 84,6 Prozent) um 50 Prozent gestiegen.
   „Nach Schätzungen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen kämpfen inzwischen Zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung damit die Energiekosten zu finanzieren. Einer Umfrage der Verbraucherschützer bei Versorgern zufolge wird deswegen bei rund 600.000 Haushalten jährlich der Strom wegen offener Rechnungen der Strom abgedreht.“ (ntv, 13.6.2012)
   Die Energiewende darf nicht zu Verteilungsungerechtigkeiten führen. Dadurch wird in

der Öffentlichkeit ihre Akzeptanz gefährdet. Sie ist notwendig und darf nicht dazu missbraucht werden, die Stromkosten in die Höhe zu treiben, um weiter die Gewinne der Konzerne zu maximieren.
Quelle: Forum Demokratische Linke [PDF – 155 KB]

Dazu auch: Solidarische Energiewende gerechte Lastenverteilung und bezahlbare Grundversorgung
Quelle: Forum Demokratische Linke „Solidarische Energiewende“ Hilde Mattheis, MdB [PDF – 186 KB]

8. **Private Aneignung**
   Die der Allgemeinheit gehörende Braunkohle wird ohne Gegenleistung abgebaut, während der Staat selbst die EEG-Umlage noch mit Mehrwertsteuer belegt…
   So gilt zum Beispiel für die Braunkohle seit Kaisers Zeiten eine Praxis, die man eher einer Dritte-Welt-Militärdiktatur zutrauen würde: Die beteiligten Unternehmen zahlen faktisch keine Abgaben für den Abbau der der Allgemeinheit gehörenden Rohstoffe. Das hat im vergangenen Jahr ein Gutachten der Rechtsabteilung des Bundestages ans Tageslicht gebracht. Den Bundesländern entgehen dadurch jährliche Einnahmen im unteren dreistelligen Millionenbereich, Geld das zum Beispiel in die Wärmesanierung der öffentlichen Gebäude gesteckt werden könnte, um so künftig die Landeshaushalte zu entlasten.
   Aber offensichtlich garantiert man – zuständig wäre als Gesetzgeber in diesem Fall der Bundestag – lieber der schmutzigen Braunkohle einen Wettbewerbsvorteil gegenüber Sonne und Wind oder auch gegenüber Gaskraftwerken. Letztere würden für die Energiewende wegen ihrer Flexibilität dringend gebraucht und haben je nach Alter einen um den Faktor Zwei bis Drei geringeren spezifischen Ausstoß an Treibhausgasen als die Braunkohleanlagen.
   Quelle: Telepolis
9. **“Stuttgart 21 ist erledigt, Rückzugsgefechte laufen”**
   Die Schlichtungsgespräche um Stuttgart 21 machten Hannes Rockenbauch bundesweit bekannt. Im stern sagte der 32-jährige Stuttgarter Stadtrat nun: Das Milliardenprojekt stehe vor dem Aus.
   Der Stuttgarter Stadtrat Hannes Rockenbauch ist davon überzeugt, dass das Bahnprojekt Stuttgart 21 aufgrund der von der Bahn veranschlagten Mehrkosten nicht mehr gebaut wird. Im Interview mit dem stern erklärte der Fraktionsvorsitzende der Bürgerinitiative “Stuttgart, ökologisch, sozial” im Stuttgarter Gemeinderat: “Stuttgart 21 ist erledigt! Wir müssen der Bahn jetzt die Hand reichen und ihr einen gesichtswahrenden, wirtschaftlich vernünftigen Ausstieg ermöglichen.”

Quelle: stern.de

Dazu: Schock im Kontrollgremium
Im Kontrollgremium sorgen die Mehrkosten seither für Verstimmungen. Geradezu „geschockt“ habe man am 12. Dezember auf den Vortrag des zuständigen DB-Vorstands Volker Kefer zu den Mehrkosten reagiert, hieß es nach der Sitzung in Aufsichtsratskreisen. Die Kontrolleure sorgen sich nach Kostenexplosionen beim Flughafen Berlin und der Hamburger Elbphilharmonie auch um die eigene Verantwortung.
Sie lassen, wie der Bahnvorstand, durch eine Anwaltskanzlei ihre Sorgfaltspflichten prüfen, um zu klären, ob ihnen Haftungs- und Schadenersatzansprüche drohen, falls S 21 zu einem ähnlichen Milliardendebakel für die Steuerzahler und die DB würde. Der Aufsichtsrat hat dem Vorschlag von Grube, den DB-Eigenanteil um 1,1 Milliarden Euro aufzustocken, um S 21 zu retten, bisher nicht zugestimmt. In getrennten Sitzungen will die DB-Spitze nun der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbank im 20-köpfigen Aufsichtsrat erklären, warum S 21 auch bei Kosten von bis zu 6,8 Milliarden Euro noch wirtschaftlich und machbar sei. Vor drei Jahren hatte der Aufsichtsrat das Projekt unter der Maßgabe beschlossen, dass die Kostengrenze von 4,5 Milliarden Euro nicht überschritten wird.
Quelle: Stuttgarter Zeitung

10. **Volksbegehren gegen Studiengebühren – “Ein Wahnsinn, dieser Endspurt”**
Das Volksbegehren gegen Studiengebühren in Bayern hat die Zehn-Prozent-Hürde doch noch genommen: Noch vor Ende der Eintragungszeit meldeten die großen Städte alle Ergebnisse von über zehn Prozent. Während sich Politiker der Opposition darüber freuen, ist die Stimmung bei der Koalition verhalten.
Das Volksbegehren gegen Studiengebühren ist am Mittwoch erfolgreich zu Ende gegangen. Zwar wird das amtliche Ergebnis erst Mitte Februar vorliegen, doch schon am Vormittag des letzten Eintragungstages zeichnete sich ab, dass alle größeren Städte in Bayern die Zehn-Prozent-Hürde locker genommen hatten. Zahlreiche Landkreise, vor allem in Nordbayern, hatten dies schon zu Wochenbeginn verkündet. Spitzenreiter war die Studentenstadt Erlangen: Dort hatten sich bis zum gestrigen Nachmittag mehr als 20 Prozent der Stimmberechtigten gegen Studiengebühren ausgesprochen.
Quelle: SZ

Siehe auch: Volksbegehren gegen Studiengebühren offenbar erfolgreich
Die Studiengebührengegner haben nach Informationen der Süddeutschen Zeitung gewonnen: Mittlerweile haben in allen großen bayerischen Städten mehr als zehn

Prozent der Wahlberechtigten beim Volksbegehren unterschrieben – das müsste reichen.
Quelle: SZ

11. **Ausbildungsgarantie in Österreich**
Oberste Priorität muss aber aus Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes sein, Jugendliche nicht in eine überbetriebliche Maßnahme zu vermitteln, sondern den Jugendlichen eine Ausbildung in einem Betrieb zu ermöglichen. Daher darf die überbetriebliche Ausbildung nicht als Ersatz oder Konkurrenz zur betrieblichen Ausbildung angesehen werden, sondern lediglich als „Alternative" für Jugendliche, die keine Lehrstelle finden.
Problematisch ist, wenn die Ausbildungsbereitschaft von Firmen sinkt, da die Jugendlichen in der Überbetrieblichen Ausbildung eine komplette, qualitativ hochwertige Lehrausbildung absolvieren können und dann erst später vom Betrieb angeworben werden. Die Kosten der Lehrausbildung werden somit auf den Staat umgewälzt…
Unverständlich ist es aus Sicht des ÖGB, dass in Österreich von einem Fachkräftemangel gesprochen wird, sich aber ungefähr 10.000 Jugendliche, die sofort bereit wären, eine betriebliche Lehrstelle anzunehmen, in einer überbetrieblichen Ausbildung befinden.
Die Forderung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes nach einer „Fachkräftemilliarde", die sich mit der Förderung von Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen auseinandersetzt, besagt, dass die Kosten der überbetrieblichen Ausbildung in der Höhe von circa 150 Millionen Euro aus einem eigenen Topf bezahlt werden soll, in den die Unternehmer ein Prozent der Bruttolohnsumme einzahlen. Dies würde der Gefahr der Senkung der Ausbildungsbereitschaft sowie der Verlagerung der Ausbildungskosten von den Unternehmen zum Staat entgegenwirken.
Quelle: Gegenblende
12. **Annette Schavan – wozu brauchen wir Bildung?**
Quelle: NZZ Standpunkte auf YouTube

Anmerkung unseres Lesers M.D.: *ein erleuchtendes Interview über die Gedankenwelt der Annette Schavan bot "Wozu brauchen wir Bildung" vom 20.1.2013 ab 10:45 Uhr. 45 Minuten redete die Bildungsministerin die Politik von vielerlei Verantwortung frei und macht die Globalisierung, die Kinder, die nicht für das Lernen begeistert werden oder begeistern lassen, etc. verantwortlich.*
Nebenbei seien die Sozialausgaben in Europa gemessen an der Bevölkerungszahl der Erde zu hoch und der Demografiewandel mache der deutschen Wirtschaft zu schaffen.

Warum es dann allerdings einen ausufernden Niedriglohnsektor gibt und somit vielen Menschen Altersarmut droht, sprach sie ebenso wenig an wie die Möglichkeit, dass auch andere Staaten ihren Sozialstaat ausbauen könnten. Sinngemäß leben wir lt. Schavan über unsere Verhältnisse, denn der Staat gäben mehr aus, als er einnähme. Und sie weiß auch, dass Europäerinnen und Europäer im Jahr 2100 nur ca. 4-6% der Weltbevölkerung stellen werden.
Schavan redet nur ihre Verantwortung klein und stellt sich damit in einem positiven Licht dar. Alles in allem ein klares Bekenntnis zu neoliberalen Dogmen, die nicht vom NZZ-Chefredakteur Markus Spillmann und dem Journalisten Marco Färber aufgegriffen und hinterfragt wurden.
Schade! Sie hätten Annette Schavan und ihr Weltbild richtiggehend bloßstellen können.

13. **Generalsekretär des Stifterverbandes: „Keine Geldgeber verschrecken“**
Volker Meyer-Guckel findet hochschulwatch eine gute Sache. Er warnt aber davor, Auftragsforschung zu verunmöglichen.
Wenn ich mit einer Universität vereinbare, dass sie, sagen wir, für mich einen Einspritzmotor erforscht, dann muss nicht jeder jedes Detail kennen. Im Gegenteil, es könnte gar schädlich sein…Weil ich mir als Unternehmer mit Auftragsforschung einen Wettbewerbsvorteil sichern möchte. Die Konkurrenz sollte nicht schon während der Entwicklung die Details kennen…
2010 erhielten die Hochschulen 5,9 Milliarden Euro an Drittmitteln. Davon kamen 422 Millionen von Stiftungen (7 Prozent) und 1,2 Milliarden (21 Prozent) von Unternehmen. Allein mit Stiftungsmitteln könnte man nicht eine einzige große Uni in Deutschland finanzieren…
Nehmen Sie etwa die FH Nürnberg, die 60 Prozent ihrer Forschung mit privaten Mitteln finanziert.
Quelle: taz

Anmerkung WL: *Ist doch klar, dass der Stifterverband – der verlängertes Arm der Wirtschaft in der Wissenschaft – die Hochschulen nur allzu gerne als verlängerte Werkbank der Unternehmen für die Forschung haben möchten. Deshalb ist auch klar, dass sie die wesentlich mit öffentlichen Mittel finanzierten Hochschulen an Geheimhaltungspflichten binden will, sonst könnte ja die Konkurrenz von dieser im Wesentlichen öffentlich finanzierten Forschung auch profitieren. Das ist doch aber genau die Kernfrage: Soll eine mit den Mitteln der Steuerzahler finanzierte Hochschule durch unternehmensbezogene und damit Einzelinteressen dienende Auftragsforschung gesteuert werden oder soll sie mit ihren Forschungsthemen der*

Allgemeinheit dienen und verantwortlich sein?

Siehe dazu: Privates Sponsoring aufdecken
Die neue Transparenz-Plattform von taz, fzs und Transparency will die Finanzen der Unis ausleuchten. Rund 80 Asten sind dabei.
Quelle: taz

14. **Deutschland fällt bei Pressefreiheit auf Rang 17**
Reporter ohne Grenzen hat Deutschland wegen Pressekonzentration und Bedrohung von Journalisten durch Extremisten auf der Pressefreiheit-Rangliste herabgestuft, zwischen Costa Rica und Tschechien.
Das international renommierte Netzwerk Reporter ohne Grenzen (ROG) hat auf seiner jährlich veröffentlichten Rangliste der Pressefreiheit Deutschland um einen Platz auf Rang 17 herabgestuft. Problematisch sei vor allem die "abnehmende Vielfalt der Presse" in Deutschland, begründet ROG die verschlechterte Bewertung.
Aus Geldmangel würden immer weniger Zeitungen mit eigener Vollredaktion arbeiten, mehrere Redaktionen seien 2012 komplett geschlossen worden. Mit Sorge beobachte ROG außerdem "die Diskussionen um ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung und Drohungen radikaler Gruppen gegen kritische Berichterstatter", heißt es weiter. Positiv hervorzuheben sei ein neues Bundesgesetz von 2012, das Journalisten stärker vor Durchsuchungen schütze.
Quelle: Welt.de

Dazu auch: Pressefreiheit in Deutschland
Deutschland steht auf der weltweiten ROG-Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 17 von 179, also innerhalb Europas etwa im Mittelfeld. Ins Auge sticht vor allem die abnehmende Vielfalt der Presse: Aus Geldmangel arbeiten immer weniger Zeitungen mit eigener Vollredaktion, mehrere Redaktionen wurden 2012 komplett geschlossen. In vielen Regionen gibt es keine konkurrierenden Printmedien mehr. Gleichzeitig steigt die Zahl der von Unternehmen bezahlten Beiträge, die sich immer stärker – und für den Leser kaum erkennbar – mit journalistischen Inhalten mischen.
… Der Trend zeichnet sich seit Jahren ab: Immer weniger Zeitungen arbeiten mit eigener Vollredaktion, stattdessen liefern Reporterpools und zentrale Newsdesks gleiche Inhalte an verschiedene Zeitungen. Konkurrierende Printmedien sind in den meisten Regionen inzwischen rar, während die Menge der von Unternehmen bezahlten Beiträge und Veröffentlichungen steigt.
Neu war 2012 jedoch, dass mehrere Zeitungstitel komplett eingestellt wurden. Die Financial Times Deutschland, die am 7. Dezember nach zwölf Jahren zum letzten Mal erschien, war die prominenteste unter ihnen. Bereits Ende Februar wurde die kleine,

aber traditionsreiche Deister- Leine-Zeitung im niedersächsischen Barsinghausen nach mehr als 125 Jahren geschlossen. Am 29. September erschien in Nürnberg die letzte Ausgabe der Abendzeitung, einer der ältesten Boulevardzeitungen Deutschlands.
Im Oktober meldete die Nachrichtenagentur dapd Insolvenz an, im November der Verlag der Frankfurter Rundschau. Ob und wie beide Redaktionen dauerhaft weiterarbeiten, ist noch weitgehend unklar. Andere Verlage schlossen wegen sinkender Anzeigenerlöse und Verkaufszahlen Lokalredaktionen (Münstersche Zeitung) oder lagerten sie in tariflose Tochterfirmen aus (Nordwest-Zeitung, Darmstädter Echo). Die WAZ Mediengruppe kündigte im Januar 2013 an, die Redaktionen der Westfälischen Rundschau zu schließen.
Außerdem wird die Berichterstattung im Überregionalen immer stärker gebündelt. Die WAZMediengruppe und die Mediengruppe Dumont Schauberg machen dies seit 2009/2010 mit Redaktionsgemeinschaften vor, die bis zu fünf eigenständige Zeitungen mit nahezu identischem Mantelteil beliefern. Im Oktober 2012 kündigte der Axel-Springer-Verlag an, die gemeinsame Redaktion von Welt-Gruppe und Berliner Morgenpost mit der des Hamburger Abendblatts zusammenzulegen. Das Gleiche ist ab Mitte 2013 für die Mantelredaktionen von Wiesbadener Tagblatt, Wiesbadener Kurier und Allgemeiner Zeitung (Mainz) geplant.
Gleichzeitig investieren Unternehmen und PR-Agenturen steigende Summen, um ihre Inhalte in den Medien unterzubringen. Oft werden kommerzielle Inhalte dabei bewusst nicht als Werbung gekennzeichnet, sondern als journalistische Beiträge getarnt oder mit diesen vermischt, um ihre Glaubwürdigkeit zu erhöhen. In Anbetracht der oben skizzierten Situation ist diese Strategie ausgesprochen erfolgreich, denn Redakteure haben immer weniger Zeit, zu recherchieren und Informationen zu prüfen. Sie sind auf vorproduzierte Inhalte angewiesen, die möglichst wenig kosten. PR-Material und versteckte Werbebotschaften kommen als angebliche Tests oder Lieblingsprodukte der Redaktion daher, in Form bezahlter Artikel oder gar ganzer Magazine, die Unternehmen herausgeben, die der Leser aber für journalistische Produkte hält.
Quelle: Reporter ohne Grenzen [PDF – 68.3 KB]

15. **Print-Analyse: der typische Zeit-Leser**
Zusammenfassend ist der typische Zeit-Leser also zwar meist ein Mann, öfter als bei Spiegel & Co. aber eine Frau. Er ist überdurchschnittlich jung und studiert. Hat er fertig studiert, so ist er selbständig, ein Freiberufler oder ein leitender Angestellter, dessen Haushalt über mehr als 3.000 Euro netto verfügt. Er kommt aus NRW, dem Norden der Republik oder aus Berlin.
Quelle: Meedia
16. **Danke, Grimme-Institut!**

Was den Feuilletons recht ist, ist dem Grimme-Institut billig: “Ich bin ein Star – holt mich hier raus!” ist das Qualitätsfernsehen von heute. 8,64 Millionen Zuschauer können nicht irren. Danke für die Nominierung des Dschungel-Camps für den Grimme-Preis. Das ist der Respekt vor dem Zuschauer, den wir so lange vermisst haben. Menschenversuche im Fernsehen – diesen Trend hatte das Institut lange verschlafen. Wie konnte das nur passieren? Es gibt doch nichts Anregenderes und Erhabeneres für den Kulturschaffenden von heute als eine Sendung, in der elf Vertreter des Showprekariats aufeinander gehetzt und mit Ekelprüfungen gequält werden. Warum wurde so lange nicht erkannt, wie preiswürdig eine Show ist, in der Menschen ihre Würde gegen eine große Hand voll Euro an RTL verkaufen?
Aber warum auf halbem Wege stehen bleiben? Was ist mit den “Geissens” für die beste Dokumentation, was ist mit all den wunderbaren Formaten wie “Bauer sucht Frau”, “Frauentausch” oder “Schwiegertochter gesucht”? Und wie konnte es passieren, dass “Berlin – Tag & Nacht” nicht auf Eurer Liste auftaucht?
Quelle: Sprengsatz

17. **Andruck – Das Magazin für Politische Literatur**
Blick in die politischen Zeitschriften und Blogs
Rezension: Norbert Seitz
…Doch auch knappe Wahlsieger neigen dazu, ihre Ziele und Wege zu verklären. So wird im linken Lager das Niedersachsen-Votum bereits als Fingerzeig gedeutet, die soziale Gerechtigkeit könne zum obersten Thema bei der Bundestagswahl aufsteigen. Dies freilich wäre ein Grund mehr darüber nachzudenken, ob die SPD mit Peer Steinbrück noch den kompatiblen Kandidaten hat. Kann er die Sehnsucht einer Mehrheit der Deutschen nach sozialem Ausgleich glaubhaft verkörpern, fragt Wolfgang Lieb, früherer SPD-Politiker auf der “kritischen Website” Nachdenkseiten, die er zusammen mit Albrecht Müller betreibt:

> *“Wäre Steinbrück ein wirklich guter Schachspieler, dann müsste er sich selbst als König vom Schachbrett nehmen, wenn er der SPD zusammen mit den Grünen noch eine Chance für einen Wechsel im Bund eröffnen wollte. In Niedersachsen hat es wegen der besonderen Verhältnisse für Rot-Grün gerade noch gereicht, doch im Bund sackte die Stimmung ab (…) und kommt dem desaströsen Ergebnis, das Frank-Walter Steinmeier bei der letzten Wahl eingefahren hat, schon gefährlich nahe.”…*

Quelle 1: DLF Manuskript
Quelle 2: DLF Podcast

18. **Zu guter Letzt: Die Illusion der freien Wahl**

Quelle: maniac world

Dieses Bild lässt sich letztlich ganz gut für die Rolle der unter Hälfte der Gesellschaft auf die politische Alternative zwischen den sog. beiden politischen „Lagern“ zwischen CDU und FDP bzw. SPD und Grüne beziehen.